

## Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

### **Studierende finanziell entlasten – Studienkredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau wieder zu einem geeigneten Instrument der Studienfinanzierung machen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Entwicklung des Zinssatzes des KfW-Studienkredites stürzt viele Studierende in existentielle Nöte. Nach Auskunft der Bundesregierung wurden nach Auswertung der KfW zwischen Januar 2022 und Juni 2023 insgesamt 19.534 Darlehen zugesagt (Bundestagsdrucksache 20/7948). Zeitgleich hat sich der Zinssatz in der Amtszeit von Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger mehr als verdoppelt. Lag der Zinssatz bei Neuverträgen im Oktober 2021 noch bei 3,76 Prozent, ist er zum 1. Oktober 2023 auf 9,01 Prozent gestiegen ([www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Studieren-Qualifizieren/F%C3%B6rderprodukte/KfW-Studienkredit-\(174\)/?redirect=649475](http://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Studieren-Qualifizieren/F%C3%B6rderprodukte/KfW-Studienkredit-(174)/?redirect=649475)). In einer Vielzahl an Bürgerzuschriften wenden sich Betroffene völlig verzweifelt an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Ein Bürger beschreibt die Situation wie folgt:

„Im Freundeskreis habe ich Menschen, die hohe fünfstellige Beträge angehäuft haben. Die Zinsen, die die zahlen müssen (200-300 Euro im Monat), sind kaum zu bewältigen. Allein die Höhe der Zinsen entspricht doch einer normalen Tilgungssumme. (...) [W]ie kann es sein, dass ein Land so mit seinen jungen Menschen umgeht?“

Besonders hart trifft diese Entwicklung Studierende mit Bestandsverträgen und variablem Zinssatz. Diejenigen Studierenden, die einen KfW-Studienkredit in der Niedrigzinsphase und im Zuge einer pandemiebedingten Notlage abgeschlossen haben, geraten jetzt durch enorme Zinsanstiege in existentielle finanzielle Nöte. Kredite sind für Studierende aktuell doppelt so teuer wie Immobilienkredite. Diese Entwicklung verschärft die ohnehin durch gestiegene Lebensunterhaltungskosten schwierige Lage von Studierenden.

Die Bundesregierung verharrt seit zwei Jahren in einer passiven Beobachterrolle und kümmert sich nicht. Gespräche zwischen der Bundesregierung und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) haben seit Wochen keine Erleichterung für die Betroffenen gebracht. Zuletzt hat die Bundesbildungsministerin nach Auskunft der Bundesregierung am 12. September 2023 zwei Gespräche mit Vertretern der KfW geführt – auch hier offensichtlich ziel- und ergebnislos (Siehe Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 145 der Abgeordneten Katrin Staffler auf Bundestagsdrucksache 20/8804). Laut einem Sprecher des Bundesbildungsministeriums habe sich das Haus „eingehend mit der KfW ausgetauscht, ob die stetig steigenden Zinsen stabil gehalten oder sogar gesenkt werden können“. Dies sei jedoch nicht möglich. Die KfW müsse

kostendeckend arbeiten und mache nach eigenen Angaben mit dem Studienkredit keinen Gewinn. Angesichts der Haushaltslage sei es auch „keine Option, ihn mit Bundesmitteln zu unterstützen“. ([www.handelsblatt.com/politik/deutschland/rekordzinsen-fuer-studienkredit-bundesbildungsministerin-stark-watzinger-soll-kfw-zu-zinssenkung-draengen-/29424768.html](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/rekordzinsen-fuer-studienkredit-bundesbildungsministerin-stark-watzinger-soll-kfw-zu-zinssenkung-draengen-/29424768.html)). Die Betroffenen werden von der Bundesregierung in dieser Notlage allein gelassen. Die CDU/CSU-Fraktion kritisiert diese unterlassene Hilfe auf das Schärfste und fordert die Bundesregierung auf, die Sorgen und Nöte der betroffenen Studierenden ernst zu nehmen und ihren Einfluss geltend zu machen. Dass es geht, hat im Jahr 2008 die damalige Bundesbildungsministerin Annette Schavan gezeigt. Sie hat sich damals wirksam mit der Förderbank darauf verständigt, dass der KfW-Zinssatz weniger stark ansteigt. Damals sollte der Zinssatz von 5,1 Prozent auf 7 Prozent steigen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger entsprechend auf, ihrer Verantwortung nachzukommen und endlich im Sinne der Betroffenen auf eine Reduzierung des Zinssatzes des KfW-Studienkredites hinzuwirken.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf,
1. dass sich Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger um die Lösung dieses Problems der Studierenden kümmert und den Betroffenen hilft;
  2. darauf hinzuwirken, dass für bestehende wie neue Verträge des KfW-Studienkredites eine feste Zinsbindung gilt, wie bei jedem Immobilien- oder Autokredit üblich;
  3. den Deutschen Bundestag detailliert und fortlaufend über den Verhandlungsfortschritt mit der KfW zu unterrichten und die Zielsetzung der Bundesregierung dabei transparent zu machen.

Berlin, den 10. November 2023

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**